Parteien und Volksbewegung

von Ulrich Thürauf

Ulrich Thürauf

Parteien und Volksbewegung

Hermann Schaffstein Verlag in Köln

Printed in Germany
Copyright 1934 by Hermann Schaffstein Verlag in Köln

1. Partei und Volksbewegung: Begriff und Weſen

Die deutſche nationalſozialiſtiſche Revolution hat auch der Wiſſenſchaft zahlreiche neue Fragen und Aufgaben geſtellt. Als kämpferiſche „Volksbewegung“ in bewußtem und leidenſchaftlichem Gegenſatz zu den alten „Parteien“ auf den Plan getreten, nach vierzehn Jahren zähen, ausdauernden Ringens ſchließlich an die Macht gelangt, hat der ſiegreiche Nationalſozialismus Hitlers das verſchlungene Syſtem der alten deutſchen Parteien und der vielen parteiähnlichen Gebilde, alles in allem den „Parteienſtaat“, die ſogenannte „Errungenſchaft“ des unſeligen Novembers 1918, zertrümmert und ſich mit unerhört ſelbſtverſtändlicher, unbedingter Ausſchließlichkeit an ſeine Stelle geſetzt. Als Volksbewegung die ganze Nation erfaſſend und umfaſſend wird er ſelbſt Volk und Staat — eine Revolution von Grund aus und total.

Es drängt ſich die Frage auf: worin liegt der begriffliche und weſentliche Unterſchied zwiſchen „Partei“ und „Volksbewegung“? Kurzweg abwehrend wird mancher zunächſt einwenden: Beſteht überhaupt ein ſolcher Unterſchied? Jede Bewegung, wie eine Partei aus einem gedanklichen Gegenſatz entſtanden, war von vornherein doch ſelbſt Partei und bleibt Partei. Die herkömmliche Staats- und Geſellſchaftslehre kennt denn auch im allgemeinen nur den Begriff der Partei, der politiſchen Parteien, die ſie je nach ihren gedanklichen Inhalten und ihren Erſcheinungsformen beſchrieben, eingeteilt und gekennzeichnet hat. So hat ſie von „echten“ und „unechten“ Parteien geſprochen,

von weltanſchaulichen und Intereſſenparteien, ſelbſtverſtändlich auch von Übergangs- oder Miſchformen und dergleichen mehr. In einer politiſchen „Volksbewegung“ kann eine ſtatiſche Staatslehre nichts anderes ſehen als eine maſſenpſychologiſche Erſcheinung mit umwälzender, revolutionärer Wirkung, ganz und gar nicht einen verfaſſungsmäßig anzuerkennenden ſtaatsbildenden Faktor. Denn an ſich iſt jede Staatsverfaſſung vernünftigerweiſe ſtatiſch (beharrend im Gleichgewicht) und bedeutet die geſetzliche Verankerung eines ſtaatlichen Zuſtandes; ſie läßt daher zwar ſich ein- und unterordnende Parteien als „legal“ (geſetzlich) gelten, nie jedoch revolutionäre Parteien und Bewegungen. Dieſe wird ſie immer als „illegal“ (ungeſetzlich) ablehnen, bedrohen ſie doch auch den Beſtand der Verfaſſung.

Um zu einer Feſtlegung der beiden Begriffe zu gelangen, läßt ſich folgendes ſagen: Das Wort „Partei“ iſt ſprachlich abgeleitet von lateiniſch „pars“, der „Teil“. Parteien ſpalten ſonach ein Ganzes in Teile und faſſen dieſe in neuen Gruppengebilden zuſammen. Zu einer Partei gehört jeweils zumindeſt eine Gegenpartei. Vergleichsweiſe darf in dieſem Zuſammenhang erinnert werden an die Prozeßparteien, an die Parteien beim Spiel und beim Sport, an die wiſſenſchaftlichen und künſtleriſchen Richtungen uſw. Die politiſchen Parteien im beſonderen ſtellen organiſch gewordene oder von Führern organiſierte Gruppen dar, die auf einer gemeinſamen, mehr oder weniger feſt umſchriebenen weltanſchaulichen Grundlage, oder geſellſchaftlich (ſozial) und klaſſenmäßig abgegrenzt oder auf Grund zielſtrebiger wirtſchaftspolitiſcher Übereinſtimmung nach der Vormachtſtellung im Staat ſtreben oder wenigſtens die Staats-

leitung in ihrem Sinn zu beeinfluſſen ſuchen, um ihre politiſchen Ziele wenigſtens teilweiſe und allmählich durchzuſetzen. So haben damit die mannigfachen vorwärtsdrängenden, bewegenden, neugeſtaltenden politiſchen Kräfte in den Parteien ihre Kraftmittelpunkte. Die Dynamik, die bewegende Kraft der legalen Partei findet indes ihre Begrenzung durch die beſtehende Staats- und Geſellſchaftsordnung.

Im Gegenſatz zur „Partei“ bedeutet die „Volksbewegung“ den rückſichtsloſen Kampf einer neuen Welt- und Staatsanſchauung gegen alle überkommenen Anſchauungen und Einrichtungen mit dem Ziel, die totale Macht an ſich zu reißen. Bewegung iſt das Gegenteil von Zuſtand und Beharrung. So iſt die Volksbewegung die dynamiſche Verneinung des jeweiligen ſtaatlichen Zuſtands, der eingebettet ſein kann in ein Parteienſyſtem des labilen Gleichgewichts. Mit urwüchſiger Kraft und ſuggeſtiver Gewalt erfaßt ſie das Volksganze: über alle Schranken hinweg, inbrünſtig im Glauben, unbeirrbar in der Hoffnung, kämpferiſch bis zum äußerſten, gleichſam myſtiſch vorſtoßend in die Tiefen der Volksſeele, um deſto ſtärker wieder hervorzuquellen, alles in allem eine tiefe und breite völkiſche Erneuerung und Erhebung. Der ſchließliche Sieg einer ſolchen Bewegung bedeutet Revolution, den Zuſammenbruch des Alten, die Geburt einer neuen Zeit in Staat und Recht, in Geſellſchaft und Kultur. Auch eine Partei kann ſich, ſofern ihr eine große nationale ſchöpferiſche Idee zum Kern ihres Programms wird und ihr die Kräfte der Bewegung und der univerſellen Spannweite innewohnen, zur Volksbewegung entwickeln und entfalten, während die Volksbewegung zur bloßen Partei herabſinken würde,

ſobald ſie ihren dynamiſchen Charakter verliert und zur Form erſtarrt.

So hatte z. B. die demokratiſche Volksbewegung Deutſchlands in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre große Zeit, indem ſie in kämpfender Front die Allmacht eines unbeſchränkten fürſtlichen Abſolutismus gebrochen hat. Sobald ſie aber anfing doktrinär zu erſtarren, löſte ſie ſich auf in Parteien, in denen die eigennützigen Intereſſen einzelner oder von Klaſſen vorherrſchten.

2. Parteien und Volksbewegung in der Geſchichte

Um das Weſen und Wirken der Parteien und der Volksbewegung zu veranſchaulichen, iſt es natürlich vor allem anderen lehrreich, ihre geſchichtlichen Erſcheinungsformen ſprechen zu laſſen.

Parteien oder parteiähnliche Gebilde irgendeiner Art hat es immer dort gegeben, wo Menſchen in größeren Gruppen ein geſellſchaftliches und ſtaatliches Leben zu führen begonnen haben. Schon die erſten Zeiten der menſchlichen Geſchichte zeigten trotz der einfachen Verhältniſſe parteiliche Spaltungen, z. B. wenn zwei gewaltige Volks- und Heerführer um die Herrſchaft über den Volksſtamm geſtritten haben. Solche Parteiungen waren in der Hauptſache im Sippenbewußtſein verankert.

Auch ein unbeſchränktes, erbliches Königtum wie im alten Athen, das vornehmlich auf religiöſen und kultiſchen Grundlagen ruhte, war nicht unbedingt geſichert gegen Parteibildungen, die ſich zu gefährlichen Verſchwörungen und Aufſtänden entwickelten. Und erſt gar jene „oligarchiſche“ Adelsherrſchaft (Herrſchaft der bevorzugten Wenigen), die das Königtum im alten Athen ablöſte, hat mit ihrer klaſſenmäßig und wehrhaft ſtraffen Organiſation den anderen, den zurückgeſetzten Teil des Volkes zum Zuſammenſchluß, zur Gegenbewegung und zum Umſturz geradezu herausgefordert. Sicherlich gingen denn auch den erſten großen atheniſchen Staatsreformen eines Drakon und Solon ſchwere Ständekämpfe und politiſche Unruhen voraus. Der weiſe Solon, das

Urbild des europäiſchen Volksführers und Staatsmanns, der Wegbereiter des atheniſchen Verfaſſungsſtaats, hat ſeine praktiſche Staatslehre mit folgenden ſchlichten Worten umſchrieben:

„Einfluß hab' ich dem Volke verliehn, ſoviel ihm gebührte,
Seiner Leiſtung gemäß, nicht mehr und weniger nicht!
Doch den Mächtigen auch und die da prunkten im Reichtum,
Ihnen mit klugem Bedacht gab ich nicht über Gebühr!"

Und ſelbſt mit der „Seiſachtheia", der agrariſchen Laſtenabſchüttelung Solons, war jene ſozialrevolutionäre Entwicklung nicht abgeſchloſſen.

Von dem wirtſchaftlich gedrückten und politiſch niedergehaltenen Volksteil herbeigeſehnt und getragen, folgten Zeiten einer vorübergehenden Tyrannis, der unumſchränkten Gewaltherrſchaft eines einzelnen, die den Durchgangszuſtand bildete zur Begründung der atheniſchen Demokratie durch Kleiſthenes. Die geſamte Bürgerſchaft, alſo einſchließlich des Standes der Handwerker und Kaufleute, wurde entgegen der früheren Ordnung des Geſchlechterſtaats rein örtlich in Bezirke, „Demen", eingeteilt, und dieſe in zehn größere Verbände, „Phylen", zuſammengefaßt. Bezeichnend war dabei, daß die zu einer Phyle gehörigen Demen örtlich nicht immer beiſammen lagen. Jede Phyle wählte fünfzig Mitglieder des Rats, und jeder Demos erhielt einen ſeiner Größe entſprechenden Anteil an der Zahl der Ratsſtellen. Man hat darin das erſte Beiſpiel einer der Bevölkerung proportionalen Repräſentation geſehen, welches die Geſchichte verzeichnet. Die Einrichtung des

Oſtrakismus, der Volksabſtimmung (vgl. „Volksbegehren“ und „Volksentſcheid“!), durch die jeder ſtaatsgefährliche Bürger aus Athen verbannt werden konnte, ſollte die Herrſchaft des Volkes (Demos) gegen die Wiederkehr einer etwaigen Tyrannis oder gegen oligarchiſche Adelsverſchwörungen ſichern. In und nach der glorreichen Zeit der Perſerkriege hat ſich dieſe frühe, kraftvolle und gute atheniſche Demokratie glänzend bewährt. Unter der Führung hervorragender Volksführer („Demagogen“ im guten alten Sinn) und Staatsmänner, wie Ariſtides, Themiſtokles und Perikles, erreichte der atheniſche Stadtſtaat („Polis“) jene ſtaunenswerte Höhe ſeiner politiſchen und kulturellen Macht.

Es ſchien gewiß zu ſein, daß dem großartigen atheniſchen Staat und ſeinem mächtigen Seebund die Vormachtſtellung über ganz Hellas zufallen müſſe. Perikles, der wie ein Monarch Jahre hindurch am Staatsruder Athens geſtanden hat, hat in ſeiner — ihm von Thukydides in den Mund gelegten — berühmten Leichenrede auf die in den erſten Jahren des Peloponneſiſchen Krieges gefallenen Athener das Weſen dieſer vollendeten Demokratie gekennzeichnet: „Wir haben unſerem Staat eine Verfaſſung gegeben, die ſowohl im Krieg wie im Frieden allen Anforderungen vollkommen genügt. Unſere Staatsverfaſſung iſt nicht den Einrichtungen anderer Staaten nachgebildet, ſie iſt vielmehr für die anderen zum Vorbild geworden. Sie heißt Demokratie (Volksherrſchaft), weil ſie nicht auf der Minderheit einiger wenigen, ſondern auf der Mehrheit der Maſſe beruht. Unſere Geſetze gewähren jedem gleiche Rechte hinſichtlich ſeiner Privatintereſſen. Die Geltung aber, die der einzelne öffentlich in irgendeiner Hinſicht

hat, hängt nicht von ſeiner Zugehörigkeit zu einer beſtimmten Klaſſe, ſondern einzig und allein von ſeiner Tüchtigkeit ab. Ebenſowenig bilden Armut und geringeres Anſehen ein Hindernis, dem Staat gute Dienſte zu leiſten. Freiheitlich leben wir in unſerem Staat, im öffentlichen Leben wie im alltäglichen Treiben. Während wir in unſerem privaten Kreis unbehelligt bleiben, ſcheuen wir uns im öffentlichen Leben aus Ehrfurcht, ein Geſetz zu übertreten, gehorſam der Obrigkeit und den Geſetzen, vornehmlich aber jenen, die dem Schutze der ins Unrecht Geſetzten dienen, und den ungeſchriebenen Geſetzen, deren Übertretung allgemein als Schande gilt ...“

Weſentlich war es, daß eben dieſer der Form nach freieſten Demokratie in Perikles ein Führer erſtanden war, dem ſie letztlich ihre Höhe und ihren Ruhm verdankte. Der Geſchichtsſchreiber Thukydides bemerkte daher: dem Namen nach war es zwar eine Demokratie, in Wirklichkeit aber die Herrſchaft des erſten Mannes im Staate! Als dann im dritten Jahre des großen Krieges, den Athen mit Sparta um die Vorherrſchaft („Hegemonie“) in Griechenland führte, Perikles von der aſiatiſchen Peſt dahingerafft wurde, ſank mit ihm auch des attiſchen Reiches Herrlichkeit langſam dahin.

Hadernde Parteien und Demagogen im üblen Sinne des Wortes traten das große Erbe an — nur zu bald war es vertan! Ständige Parteikämpfe und innere Wirren verhinderten vor allem eine zielbewußte Weiterführung und Beendigung des Kriegs. Hier die konſervative Friedenspartei des beſonnenen Feldherrn Nikias, dort die radikale Kriegspartei des berüchtigten Demagogen Kleon! Dann trat Alkibiades hervor, ein

fähiger Kopf, jedoch maßlos in allem, erſt Agitator der radikalen Kriegspartei, dann in Oppoſition zu Kleon, ſchließlich der Anſtifter der unglücklichen ſiziliſchen Expedition. Der Untergang des atheniſchen Reiches war nicht aufzuhalten, auch nicht durch die oligarchiſche Reſtauration oder durch die Diktatur der Dreißig. Der Bauern- und Militärſtaat Sparta blieb Sieger. Nach dem Friedensſchluß hat Athen die langen Mauern, das Wahrzeichen der früheren Wehrhaftigkeit, unter Flötenſpiel niedergelegt. Und zwei Menſchenalter ſpäter bereitete der Makedonier Philipp durch die Schlacht bei Chäronea der griechiſchen Selbſtändigkeit überhaupt das Ende. Der griechiſche Staat hat völkiſch verſagt. Griechiſche Kultur aber erbte ſich fort als Ferment der ſpäteren europäiſchen Kulturentwicklung.

Anders das alte Rom! Auch hier leiteten ſcharfe innere Gegenſätze und Kämpfe die politiſche Entwicklung ein. Doch die nüchterne politiſche Begabung des Römers verſtand ſich auf Staatskunſt wie keiner zuvor. Immer wieder wurden die ſtändiſchen Gegenſätze zwiſchen Patriziern und Plebejern weiſe und mäßigend ausgeglichen, ohne daß das Ganze einen Schaden erlitt. Als 494 die plebs das erſtemal auf den heiligen Berg auswanderte, erfand der biedere Menenius Agrippa ſeine berühmte und lehrreiche Fabel vom Magen und den Gliedern, die beide aufeinander angewieſen ſind. Die Plebejer kehrten zurück, die Patrizier aber geſtanden ihnen die Einrichtung des Volkstribunats zu. Und ähnlich vollzog ſich in der folgenden Zeit ein fortſchreitender, aber nicht überſtürzter Ausgleich zwiſchen den beiden großen Parteien. Wenn es darauf ankam, haben ſie ihre

Parteiintereſſen den allgemeinen ſtaatlichen Belangen untergeordnet. Kein echter Römer der alten Republik dachte daran, außenpolitiſche Mißerfolge und Niederlagen innenpolitiſch auszunützen oder gar durch Verrat und Einverſtändnis mit dem Feind innenpolitiſche Vorteile herauszuſchlagen.

Mit den agrariſchen Reformen der beiden Gracchen ſetzte dann die unglückliche revolutionär-demokratiſche Bewegung ein, die ſchließlich zu blutigen Bürgerkriegen führte. Das Reformgeſetz des Tiberius Gracchus, die Erneuerung eines alten Ackergeſetzes, legte ein Höchſtmaß des Grundbeſitzes feſt und ſchmälerte zugunſten der Anſiedlung armer Bürger den ungeheuren Latifundienbeſitz. Begreiflich ſtieß die Reform bei den Großgrundbeſitzern auf entſchloſſenen und leidenſchaftlichen Widerſtand. Die Gracchen büßten ihren revolutionären Willen und ihre Taten mit dem Tod. Zwiſchen der begehrlichen Volkspartei und der ſelbſtſüchtigen Optimatenpartei war eine unüberbrückbare Kluft aufgeriſſen. Die Folge waren innere Unruhen und Bürgerkriege, in deren Verlauf ein Marius, ein Sulla, ein Pompeius als diktatoriſche Führer vorübergehend hochkamen. Am Ende aber erhob ſich Gaius Julius Cäſar, getragen von der Gunſt der Volkspartei, zum Princeps und Imperator.

Das Ergebnis der plebeiſchen Volksbewegung war alſo keineswegs eine ſoziale, radikale Demokratie, ſondern die Alleinherrſchaft eines Führers und ſchließlich die Monarchie, das Kaiſertum, das zum Träger einer letzten großen Zeit Roms, zum Träger des römiſchen Weltreichs wurde. Wie immer und überall, ſo hing auch die Exiſtenz des römiſchen Reichs letzten Endes nicht von der Staatsform an ſich ab, ſondern vom

nationalen Ethos des Staatsbürgers und von der Staatskunſt des Führers. Weder Parteien noch auch Volksbewegung an ſich allein geben den letzten Ausſchlag, ſondern die boden- und blutgebundene Volkskraft und die Führerperſönlichkeit.

Der Lehensſtaat des deutſchen Mittelalters kannte keine Parteien im modernen Sinn. Die ſtändiſch gegliederte Geſellſchaft geſtattete nur eine ſtändiſch gebundene Intereſſenvertretung. Staatspolitiſchen Einfluß hatten nur die „Landſtände“ der Ritter, der Städte und des Klerus. Handwerker und Bauern entbehrten der politiſchen Rechte. Die Bildung von Parteien war in dem feudal und ſtändiſch gebundenen Staat unmöglich, ſie hätte den Charakter der Verſchwörung gehabt. Wie im Bereich der Kirche abweichende Lehre als Ketzerei der ſchweren Strafe unterlag, ſo waren politiſche „faktiöſe“ Beſtrebungen unter Strafe geſtellt. Wenn die mittelalterliche Geſchichte von einer Königspartei oder einer „Partei des Gegenkönigs“, von „Ghibellinen“ und „Welfen“, von Parteigängern des Königs und ſolchen des Papſtes erzählt, darf man dabei nicht an wirkliche Parteien denken, die auf einer programmatiſchen Grundlage beruhen. Gegen Ende des Mittelalters allerdings kam es in den Städten zu einer parteimäßigen Zuſpitzung der Lage, inſofern als ſich die Zünfte der Handwerker und die Gilden der Kaufleute politiſche Ziele ſetzten und den Eintritt in den Rat, der bisher den vornehmen Patriziern vorbehalten war, erkämpften.

Mit der Reformation wurde die erſte große deutſche Volksbewegung ausgelöſt. Die neue Lehre D. Martin Luthers, die man in Rom zunächſt ruhig betrachtete

als das gelehrte theologiſche Mönchsgezänke von Wittenberg, wurde zum Ausgangspunkt der ſchickſalhaften deutſchen evangeliſchen Glaubensbewegung, die zu einer ernſten und heiligen Angelegenheit des deutſchen Volkes wurde.

Beredte leidenſchaftliche Wanderprediger durchzogen die deutſchen Lande und brachten dem aufhorchenden Volk, vor allem dem einfachen Mann, die neue Botſchaft des evangeliſchen Chriſtenglaubens. Dank der jungen Erfindung der Buchdruckerkunſt wurde ihre Aufklärungstätigkeit wirkſam unterſtützt durch die zahlreichen Flugſchriften, die ihren Weg bis in die entlegenſten Winkel des „Heiligen Römiſchen Reichs Deutſcher Nation“ fanden. Freilich war es immer nur eine beſchränkte Zahl, die durch Schrift und Bild den neuen Geiſt in ſich aufnahm. Dieſe aber waren dann wieder die Berufenen, die durch das geſprochene Wort ihre Mitmenſchen von der Kraft des neuen Evangeliums überzeugen ſollten.

Vor allem anderen hat immer das geſprochene Wort den größten nachhaltenden Einfluß auf Herz und Gemüt der Maſſe. Auch heute noch, gerade heute, wo dank einem ungeahnten Fortſchritt der Technik es möglich iſt, durch den Rundfunk eine Rede gleichzeitig den Ohren von Millionen Menſchen zu vermitteln! Wie die deutſche Reformationsbewegung in der jungen Buchdruckerkunſt einen Helfer gefunden hat, ſo konnte die nationalſozialiſtiſche Volksbewegung durch den Rundfunk ihre unmittelbare redneriſche Beeinfluſſung der Maſſen vervielfachen. Dieſes befruchtende zeitliche Zuſammentreffen von techniſchen Fortſchritten und geiſtigen Bewegungen iſt wohl kein Zufall.

Wenige Jahre nach dem Beginn der Reformation brach der Bauernkrieg aus. In den Reihen des wirtſchaftlich und geſellſchaftlich gedrückten Bauernſtandes hatte es ſchon lange gegärt, es war auch bereits vorher zu örtlichen Unruhen gekommen. Die neue Glaubensbewegung, d. h. die falſch verſtandene Lehre von der Freiheit eines Chriſtenmenſchen, brachte nun den vorhandenen ſozialrevolutionären Zündſtoff zur allgemeinen Entladung. Bezeichnenderweiſe aber gelang es den Fürſten verhältnismäßig raſch, den Aufruhr der Bauern blutig und grauſam niederzuwerfen. Die erſte deutſche Bauernrevolution, der es wenn auch nicht an Führern, ſo doch an der einheitlichen Führung gefehlt hatte, war mißglückt. Mittelbar trug dies mit dazu bei, daß auch der Siegeslauf der Reformation mehr und mehr zurückgedämmt wurde. Vollends der autoritäre Grundſatz „cuius regio, eius religio“ (die Konfeſſion des Landesfürſten wird die Konfeſſion des Landes) verſetzte der reformatoriſchen Volksbewegung einen ſchweren Stoß. Hinfort gab es eine katholiſche und proteſtantiſche Partei, die jedoch keine Volksparteien im modernen Sinn, ſondern ſtändiſch gebundene Parteien waren. Die reformatoriſche Bewegung hatte die Möglichkeit einer weiteren Ausbreitung zunächſt verloren.

Der abſolutiſtiſche Staat des 17. und 18. Jahrhunderts duldete keinerlei Parteien. Der patriarchaliſche Fürſt beſorgte allein von ſich aus und beraten von ſeinen Räten das Wohl des politiſch rechtloſen Volkes, ſeiner Untertanen. Die Aufklärung hatte zwar inzwiſchen die revolutionäre Staatstheorie von der Volksſouveränität ausgebaut, der geheimnisvollen Kabinettspolitik die

Forderung der Publizität (Öffentlichkeit!) entgegengeſetzt und ihre Ideen zum Gedankengut der höheren gebildeten Schichten des Bürgertums gemacht; zu einer aktiven politiſchen Anteilnahme aber iſt es zunächſt nicht gekommen. Die franzöſiſche Revolution von 1789 hat dort das ancien régime („die alte Herrſchaft“) geſtürzt und die neuen Ideen in die Wirklichkeit umgeſetzt — freilich um dann einzumünden in das Kaiſertum Napoleons.

In Deutſchland haben ſich die Ideen des Weſtens trotz beſtehender Jakobinerklubs uſw. zunächſt nicht durchgeſetzt — das Volk im ganzen befand ſich in einem geſunden Abwehrzuſtand gegenüber jenem Revolutionsgift. Erſt in der Not der Freiheitskriege bildeten ſich in Deutſchland politiſche Bünde, die neben den hohen nationalen Zielen auch ein konſtitutionelles Programm aufſtellten. Die Organiſierung von echten Parteien im modernen Sinn ſetzte erſt ſeit den dreißiger und vierziger Jahren ein. 1848 wurde dann das Geburtsjahr des deutſchen Konſtitutionalismus.

Fehlte es den Parteien von 1848 trotz aller geiſtigen Höhe und allem idealen Schwung an realpolitiſcher Geſtaltungskraft, ſo gebrach es den Parteien zur Zeit der Reichsgründung und nachher mehr und mehr an der großen Idee. Kleine Geſichtspunkte landſchaftlichen, partikulariſtiſchen Gepräges, klaſſenmäßigen Charakters forderten jene herbe Kritik unſeres größten Staatsmannes, Bismarcks, heraus. So ſagt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“, er wiſſe „kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Geſamtvaterlande den Ausſchreitungen der Parteileidenſchaft ſo geringe Hinderniſſe bereitet wie bei uns“.

3. Die Parteien im deutſchen Staat während des Krieges

Was iſt Mehrheit? Mehrheit iſt der Unſinn,
Verſtand iſt ſtets bei wenigen nur geweſen.

Einzelne wenige zählen, die übrigen alle ſind
blinde Nieten, ihr leeres Gewühl hüllet die
Treffer nur ein. (Schiller)

In der Zeit vor dem Weltkrieg hatten die deutſchen Parteien ihre liberaliſtiſche Politik der ſachlich und perſönlich abgeſtimmten Wirtſchafts- und Klaſſenintereſſen in einem Maße geſteigert, das für die nationale deutſche Politik im ganzen zunehmend ſchwerer tragbar erſchien. Die wirtſchaftliche Entwicklung Deutſchlands, insbeſondere die fieberhafte Induſtrialiſierung, hatte tiefgehende Rückwirkungen geſellſchaftlicher Natur zur Folge. Die Kluft zwiſchen Arm und Reich ward zuſehends breiter und fühlbarer, der Unterſchied zwiſchen Arbeitgeber, Unternehmer, und Arbeiter ward zum bewußten Klaſſengegenſatz und Klaſſenhaß. Denn auf der einen Seite nahm im Zuge der fortſchreitenden Entwicklung der Gütererzeugung und des Verkehrs der Luxus zu und wurde die beherrſchende Stellung des Kapitalismus ausgebaut, auf der anderen Seite trotz aller ſtaatlichen Sozialpolitik letzthin manche Not und Unſicherheit und daher ein andauernder Kampf des Arbeiters um ſeine Belange! Im Zuſammenhang mit der Entwicklung der Induſtrie und des Welthandels ſtellten ſich auch landwirtſchaftliche Kriſen ein. Alles in allem, die Klaſſengegenſätze hatten ſich bedrohlich verſchärft, allgemein machte ſich ein Gefühl der Unzufriedenheit breit, immer wieder hieß es: ſo kann es nicht weitergehen!

Mit einer gewiſſen Beſorgnis ſahen daher der verantwortliche Staatsmann und der deutſche Politiker der Stunde der Not entgegen, die den hadernden Parteien gebieten mußte, als Volk geeint ſich geſchloſſen für ein und dasſelbe nationale Ziel einzuſetzen.

Die Einheitsfront von 1914

Als dann bei Ausbruch des Krieges, der Deutſchland von ſeinen Gegnern aufgezwungen wurde, in den Auguſttagen von 1914 die Wogen der vaterländiſchen Erregung und Begeiſterung hoch gingen, prägte Kaiſer Wilhelm, indem er aus unſerer politiſchen Notlage die klare Folgerung der Staatsräſon zog, das erlöſende ſchlichte Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutſche!“ Dieſe Verkündung des politiſchen Burgfriedens, der Kernpunkt der kaiſerlichen Anſprache an die vor dem Schloß verſammelte Menge, fand im ganzen deutſchen Volk lebhaften einmütigen Widerhall.

In der denkwürdigen erſten Kriegsſitzung des Reichstags am 4. Auguſt wiederholte der Kaiſer in ſeiner Thronrede jenes Wort, und zur feierlichen Bekräftigung reichte er den Führern ſämtlicher Fraktionen die Hand, die ihm gelobten, feſt entſchloſſen ohne Parteiunterſchiede, ohne Standes- und Konfeſſionsunterſchiede zuſammenzuhalten mit ihm durch dick und dünn, durch Not und Tod. Unter dem überwältigenden Eindruck der ſchickſalsſchweren Stunde ſtellte ſich der Reichstag, die Vertretung des Volks, einmütig hinter den Kaiſer. Selbſt ein Haaſe, der zum linken Flügel der Sozialdemokraten zählte, konnte nicht anders als erklären: Wir machen wahr, was wir immer betont haben, wir laſſen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! Ohne

Debatte wurde der erſte angeforderte Kriegskredit einſtimmig bewilligt. Das geſamte deutſche Volk durchzitterte das hohe Gefühl von einer neuen deutſchen Erhebung gegen welſchen Übermut. Volk und Staat, Volk und Kaiſer, Volk und Heer waren eine ſtolze Einheit, beſeelt von einem entſchloſſenen nationalen Willen. Unſere Feinde ſprachen gar bald von einem neuen furor teutonicus, dem neuen deutſchen Kampfgeiſt, um damit die Meinung der neutralen Welt gegen uns aufzuhetzen.

Zerſetzung und Friedensreſolution

Doch Durchhalten iſt ſchwerer als Beginnen. Als im Dezember 1914 der zweite Kriegskredit zur Abſtimmung geſtellt wurde, konnte es ſich der unentwegte, radikale, ſozialiſtiſche Abgeordnete Liebknecht nicht verſagen, als einziger im Hauſe gegen die Annahme zu ſtimmen und damit frevelhaft die Einheitsfront zu durchbrechen. Ein Jahr ſpäter war es bereits eine ganze Gruppe von neunzehn Oppoſitionellen, die gegen einen weiteren Kredit ſtimmte, um zugleich eine offene Propaganda gegen die Weiterführung des Krieges einzuleiten.

Gefährlicher und verheerender in ihrer Wirkung ward die einſetzende unterirdiſche Wühlarbeit, zunächſt vor allem in der Heimat, dann auch an der Front. Je länger ſich der Krieg hinzog, je furchtbarer ſich die über Deutſchland verhängte unmenſchliche Hungerblockade auswirkte, deſto leichter hatte es jene Zerſetzungsarbeit der Defaitiſten, die die Niederlage (défaite) wollten. Hinzu kam, ſeitdem im November 1916 der Preſſe die Erörterung der Kriegsziele bedingt freigegeben war, eine mannigfaltige Kriegszieldiskuſſion in der Öffentlichkeit, die vielfach verwirrend und letzhin vor allem entmuti-

gend wirkte. Die 1914 aufgerichtete nationale Front bekam Riſſe und Sprünge. Gleichzeitig wurde die politiſche Staatsführung zunehmend unſicher. Die militäriſche Leitung nahm ſie daher förmlich unter Vormundſchaft.

Dieſen an ſich ungeſunden Zuſtand nahmen die oppoſitionellen Parteien ihrerſeits zum Anlaß, ihre Kritik zu verſchärfen. Seinen erſten großen Schlag gegen das ſogenannte „alte Syſtem“ führte der vordringende Parlamentarismus mit der unter dem Geſichtspunkt einer zielbewußten Leitung des Krieges taktiſch verfehlten Friedensreſolution im Juli 1917. Anläßlich einer Ausſprache über die politiſche Lage im Hauptausſchuß des Reichstags am 6. Juli knüpfte der geſchäftige Abgeordnete Erzberger vom Zentrum an ſeine Kritik des U-Boot-Krieges den aufſehenerregenden Vorſchlag einer Friedenskundgebung des Reichstags auf der Grundlage der Politik vom 4. Auguſt 1914: „Uns treibt keine Eroberungsluſt.“ Die Sozialdemokratie gewann damit im Zentrum einen Bundesgenoſſen, eine Reichstagsmehrheit für einen Frieden ohne Annexion und Kriegsentſchädigung war im Entſtehen. Zentrum, Fortſchrittspartei und Sozialdemokraten faßten gemeinſam die Reſolution ab. Im Zuſammenhang mit dieſer Aktion kam eine Kanzlerkriſe zum Ausbruch. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dem man allgemein unentſchloſſene Führung vorwarf, der zum Verdruß der einen die erwartete innenpolitiſche Neuorientierung hinausgeſchoben, andererſeits außenpolitiſch Mißerfolge auf Mißerfolge gehäuft und keine Einigung in dem Kampf der Parteien um die Kriegsziele zuſtande gebracht hatte, mußte fallen. Mit dem Worte Dingelſtedts „Uneins zu Haus, nach außen klein“ hat ein Parlamentarier die damalige innere

Zerrissenheit Deutschlands charakterisiert. Am 19. Juli nahm dann der Reichstag nach allzu ausgiebiger Debatte die Friedensresolution mit 212 gegen 126 Stimmen an. Auch der neue Reichskanzler bekannte sich zu derselben, so „wie er sie auffaßte".

Das feindliche Ausland versagte der Resolution die kurzsichtigerweise erwartete Anerkennung und erklärte sie im Zusammenhalt mit der Rede Michaelis', der v. Bethmann Hollweg gefolgt war, als eine ungenügende Grundlage für Verhandlungen. Mit sicherem Instinkt erblickte das Ausland in den innerdeutschen Auseinandersetzungen über den Frieden ein deutliches Zeichen der beginnenden deutschen Schwäche. Der Parlamentarismus hat so einen innenpolitischen Sieg davongetragen und dem Vaterland eine nicht wieder gutzumachende außenpolitische Niederlage zugefügt.

Kriegsende und Parlamentarismus

Unter unheilvollen Vorzeichen nahte das Schicksalsjahr 1918: Die Front zwar nach wie vor intakt, im Innern aber wachsende Not und — Zwietracht. Ruchlos versuchte die unabhängige Sozialdemokratie durch Anzettelung von Streiks in der Rüstungsindustrie einen „demokratischen Frieden" zu erzwingen. Im volksverräterischen Bunde mit der Propaganda unserer Feinde betrieb sie ihre Zersetzungsarbeit in der Etappe und an der Front mit Hochdruck. Trotz allem traten die deutschen Armeen im Frühjahr zu ihrer letzten großen Offensive an. Den Siegern blieb indes der durchgreifende Erfolg versagt. Der „schwarze Tag des deutschen Heeres" ward für die Linksparteien zum Signal ihrer Entscheidungsoffensive gegen den „Militärstaat".

Am 28. September forderten die Mehrheitsparteien in einer interfraktionellen Sitzung die Aufhebung des Artikels 9 der früheren Reichsverfassung, um die Bahn für den Parlamentarismus freizumachen. Sofort kam der greise Reichskanzler Graf Hertling um seine Entlassung ein. Kaiser Wilhelm genehmigte das Rücktrittsgesuch und gab in seinem Erlaß vom 29. September dem Wunsche Ausdruck, „daß das Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite". Es sei daher sein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen seien, in weitem Umfang teilnähmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.

Der kaiserliche Erlaß ließ ein sogenanntes Kabinett der nationalen Verteidigung aus allen Parteien erwarten. Der neue Reichskanzler, Prinz Max von Baden, bildete indes das neue Kabinett auf der Grundlage der Mehrheitsparteien. Das parlamentarische Regierungssystem hielt seinen Einzug. Zuversichtlich sprach der Reichskanzler in seiner Programmrede vor dem Reichstag von der einheitlichen Gesinnung, die die einzelnen Regierungsmitglieder beseelte, und führte, erfüllt von einem wirklichkeitsfremden Vertrauen, weiter aus: „Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Kriegs ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des

Volkes von ſich aus mitzubeſtimmen. Dabei vertraue ich, daß, ſolange Deutſchlands Geſchick von Gefahren umbrandet iſt, auch die außerhalb der Mehrheit ſtehenden Volkskreiſe und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückſtellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.“ Aus dem Munde des Staatsmanns der anbrechenden „neuen“ Zeit ein in ſolcher Lage politiſch unmögliches Bekenntnis zu einer unwirklichen Theorie und zur Illuſion, das nachher als ſträflich erſcheinen mußte. Denn die weitere Entwicklung der Dinge beſcherte uns das genaue Gegenteil jener allzu harmlos erdachten Hoffnungen. Dem ſchönen Traum von der ſieghaften Demokratie folgte ein grauſames Erwachen.

Die Kapitulation des alten Syſtems hat das Volk nun erſt ganz an die Parteien ausgeliefert, die — weit entfernt davon, durch Mehrheitsbildung ein großes, einheitliches feſtes Programm aufzuſetzen und unbedingt durchzuführen — die Kluft im Volk nur breiter aufriſſen. Alle Gegenſätze wurden in leidenſchaftlicher Agitation verſchärft: Haß und Zwietracht beherrſchten die Maſſe. Der Frontſoldat wurde aufgehetzt gegen den Kriegsgewinnler und gegen den Munitionsarbeiter, der Arbeiter gegen das Militär und gegen den Offizier. Auch der alte landſchaftliche Gegenſatz zwiſchen Nord und Süd wurde aufs neue geſchürt. Und ſchließlich, welch großer Täuſchung fiel der Kanzler zum Opfer, der glaubte, mit der parlamentariſchen Reform die kommende Revolution aufzuhalten!

4. Von der November-Revolution bis zur Weimarer Verfaſſung

Noch am gleichen Tag, als Prinz Max im Reichstag an das Volk den Appell richtete, zum Vaterland zu ſtehen, erließen die Unabhängigen Sozialdemokraten einen flammenden Aufruf an das „werktätige Volk". Von den „Regierungsſozialiſten" deutlich abrückend, ſtellten ſie ein Programm mit weitergehenden Forderungen auf — Forderungen ſozialrevolutionärer Natur als Kampfanſage an alle nicht Werktätigen und an das Militär, das noch ſeinen Arm beſchützend über deutſches Land und Volk hielt. Vor allem verlangten ſie die Freilaſſung der politiſchen Gefangenen und erklärten offen: Unſer Ziel iſt die ſozialiſtiſche Republik! Während Regierung und Reichstag an dem geſetzlichen Ausbau des parlamentariſchen Syſtems arbeiteten, bereiteten die Radikalen die Revolution der Straße vor. Mit der Zunahme des außenpolitiſchen Drucks wuchſen auch die Meinungsverſchiedenheiten unter den Parteien. Die Konſervativen forderten angeſichts der Antworten Amerikas die Weiterführung des Kampfes bis zum Ende. Auch die Sozialdemokraten erklärten ſich zwar gegen einen Frieden der Vergewaltigung, wichtiger aber als eine entſchloſſene Außenpolitik der nationalen Selbſtbehauptung war ihnen der demokratiſche Umbau im Innern.

So wurde das Verhängnis unabwendbar. Am 28. Oktober unterzeichnete der Kaiſer den vom Reichstag beſchloſſenen Geſetzentwurf über die Verfaſſungsänderungen und ſprach feierlich vom Kaiſeramt als Dienſt am Volk. Die Antwort des ſozialiſtiſchen „Vorwärts"

war die Aufrollung der Kaiſerfrage, die offene Ankündigung der Revolution. So oft die alte Macht um einen Schritt zurückwich, ſtieß die revolutionäre Front breit und tief vor. Am 7. November forderten die Sozialdemokraten in ihrem Ultimatum an die Regierung die Abdankung des Kaiſers. Inzwiſchen machten die nach ruſſiſchem Vorbild organiſierten Arbeiter- und Soldatenräte überall im Reich ihre Revolution. Am 9. November proklamierte Scheidemann in Berlin die deutſche Republik — Liebknecht die „freie ſozialiſtiſche Republik Deutſchland“. „Das Volk hat auf der ganzen Linie geſiegt.“

Zwei Tage nach dem ſtolzen Ausſpruch Scheidemanns unterzeichneten die deutſchen Sonderbeauftragten mit Erzberger an der Spitze im Wald von Compiègne den ſchlimmſten Waffenſtillſtandsvertrag, den die deutſche Geſchichte kennt. Kindlich befangen, bar jeder geſchichtlichen Erfahrung und Erkenntnis appellierten die Sozialdemokraten an die gerühmte Solidarität des internationalen Proletariats — das Weltgewiſſen der Arbeiterinternationale blieb ſtumm. Das Wort führte der deutſche Erbfeind, Frankreich, das den Rhein als Grenze forderte und an der völligen Zerſchlagung des Deutſchen Reiches und deſſen Auflöſung in kleine Territorien arbeitete.

Langſam vortaſtend ſuchten ſich alsbald die durch die Revolution der Straße überraſchten und beiſeite gedrängten bürgerlichen Parteien neu zu formieren, um zu retten, was zu retten war. Vor allem ſtellten ſie ſich auf den „Boden der Tatſachen“, zum Teil alſo unter grundſätzlicher Preisgabe ihrer weltanſchaulich-politi-

ſchen Überzeugung — aus Gründen der Opportunität, wie ſie ſelbſt entſchuldigend ſagten. Durchweg legten ſie ſich neue Parteibezeichnungen bei, in denen das Wort „Volkspartei“ die Verbundenheit mit dem neuen Volksſtaat und dem nun als mündig erklärten Volk zum Ausdruck bringen ſollte. Die ehemaligen Konſervativen und verwandte Richtungen bildeten eine „Deutſchnationale Volkspartei“, die Nationalliberalen eine „Deutſche Volkspartei“, das Zentrum erſtand neu als „Chriſtliche Volkspartei“, die Linksliberalen und Fortſchrittler ſchloſſen ſich in einer „Deutſchen Demokratiſchen Volkspartei“ zuſammen. Zur Herſtellung einer großen einheitlichen bürgerlichen Front nationalen und liberalen Gepräges reichte jedoch die Geſtaltungskraft der ſonſt ſo geſchäftigen Politiker nicht aus. Das liberale Zeitalter hat bereits damals ſein Ende erreicht.

Die alten Kräfte, die im Revolutionsnovember untätig und feige verſagt hatten, ſchienen zunächſt unrettbar verloren zu ſein. Die Arbeiterklaſſe fühlte ſich an der Macht, ohne die bevorſtehenden ſchweren Aufgaben der geſchlagenen Nation zu begreifen. Der Winter 1918/1919 war im übrigen gekennzeichnet durch die erſten Folgen des verlorenen Kriegs: erpreſſeriſche Methoden eines harten wahnſinnigen Siegers, Terror der Spartakiſten und Hunger und Not wie vorher. Nur mit Mühe gelang es den ſogenannten Volksbeauftragten, nach parlamentariſchem Grundſatz drei Mehrheitsſozialiſten und drei Unabhängige, Herr zu bleiben über den eifernden Revolutionsgeiſt, über die Geiſter, die man gerufen hatte. Spartakus erhob drohend ſein Haupt. Mit Waffengewalt mußte er niedergezwungen werden.

Nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten machten sich die Mehrheitssozialisten an die Arbeit und ließen zunächst eine verfassunggebende Nationalversammlung wählen. Die Zusammensetzung dieser nach Weimar statt nach Berlin einberufenen Versammlung war nicht überraschend. Die Mehrheitssozialisten hatten die relative Mehrheit, die Deutschnationalen und Volksparteiler zusammen 14%, das Zentrum 21% und die Demokraten 17% der Sitze inne.

Aus der gegebenen koalitionsmäßigen Bindung zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten entstand die berüchtigte „Weimarer Koalition". Drei große Parteien, weltanschaulich unter sich verschieden, teilten sich geschäftsmäßig feilschend in die Macht. Zwischen dieser aus den Gegnern Bismarcks zusammengeschweißten Koalition aber und den übrigen Parteien, vor allem den Konservativen und den Ultralinken, war gleichzeitig eine breite Kluft aufgerissen. Grundsätzliche Gegensätze staatspolitischer, kultureller und konfessioneller Natur, im einzelnen Schikanen in der Personalpolitik, absichtliche, gründliche Vernichtung alter Tradition kennzeichneten den neuen Kurs. Der Bruch mit der Vergangenheit war vollzogen, das Volk, das das Erbe und die Führung antreten sollte, war in sich zerrissen und unfähig zur Tat.

Während die Nationalversammlung über dem Verfassungsentwurf saß, kam es im Reich da und dort, vor allem an den Brennpunkten des Klassenkampfes vielfach zu weiteren Unruhen und schweren Störungen der Ordnung. Wohl oder übel mußte Noske „Freikorps", größtenteils aus Freiwilligen, aus Soldaten der alten Armee

zuſammengeſtellt, zu Hilfe rufen, um den roten Terror zu brechen und die proletariſchen Aufſtände, wie z. B. die Münchner Räteregierung, niederzuſchlagen.

Man muß ſich die überaus ſchwierige Geſamtlage von damals vergegenwärtigen, um zu begreifen, was es bedeutete, die unerhörten Bedingungen des Waffenſtillſtands zu erfüllen und gleichzeitig das drohende Chaos im Innern zu vermeiden. Daß beides glückte, iſt ein Verdienſt der Tüchtigen des deutſchen Volkes. Die marxiſtiſchen Führer hetzten zum Klaſſenkampf und organiſierten Lohnbewegungen inmitten einer darniederliegenden Wirtſchaft. Die Pſychoſe der Revolution kannte nur Rechte, aber keine Pflichten. Der geſunde Teil des Volkes indes beſann ſich auf die Arbeit — ein Zeugnis für die Lebensfähigkeit des arbeitenden Deutſchen. Die Beharrung des noch geſunden Volksteils zeigte ſich ſelbſt in dieſem Wirrwarr dem zerſtörenden Veränderungswahn der haltloſen Rotten überlegen. Die Beſonnenheit des Volkes hat uns letzlich vor dem völligen Ruin bewahrt. Der Regierung, die abhängig war von ihren Parteien, deren bunt wechſelnden Anſchauungen und ideologiſchen Zielen, fehlte die große, alle einigende Idee der wahren ſchickſalhaften Volksgemeinſchaft, auch jede neue Geſtaltungskraft zu wirklich Großem. Es war alles in allem eine Liquidation des Zuſammenbruchs ſtatt eine Neuſchöpfung des Ganzen, wie es in dem mit veralteten parlamentariſchen Methoden arbeitenden Parteienſtaat nicht anders ſein konnte.

Unter das Joch von Verſailles

Daß der Regierung die Kraft fehlte, ganze Arbeit zu leiſten, zeigte ſich bei der ſchwerſten Belaſtung, der ſie

durch die Friedensverhandlungen ausgesetzt wurde. Die Methode des Friedensdiktats und dessen Inhalt straften die demokratischen Grundsätze des erwarteten „Wilsonfriedens“ restlos Lügen. Frankreichs Kriegsziel war nicht nur die Zurückgewinnung von Elsaß-Lothringen, sondern die Rheingrenze und die Auflösung des Reichs in seine früheren Teilstaaten. Nur die Uneinigkeit der verbündeten Feindmächte hat das Äußerste verhütet. Es war illusionistischer Leichtsinn, wenn Erzberger damals erklärte, das deutsche Volk habe das unveräußerliche Recht auf einen gerechten Frieden in der Tasche.

Als das Friedensdiktat bekannt wurde, fuhr ein Schrecken in das ganze deutsche Volk. Allgemein erklärte man eine Kapitulation vor diesem Gewaltfrieden für unmöglich und ausgeschlossen. Am 12. Mai veranstaltete die Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität eine eindrucksvolle Kundgebung gegen den Frieden der Gewalt und der Schmach. Reichsministerpräsident Scheidemann erklärte in seiner Ansprache pathetisch: Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? — Wehrlos bedeute nicht willenlos! Die Oberste Heeresleitung erließ am 21. Mai eine Rundfrage darüber, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe. Die Reichsregierung verbot indes diese Aktion der Militärs. Das Kabinett Scheidemann erklärte inzwischen seinen Rücktritt und legte damit die Entscheidung in kritischer Stunde in die Hände der Reichstagsfraktionen.

Nachdem sich die Demokraten für die Ablehnung des Friedensdiktates erklärt hatten, bildete der Sozialdemokrat Bauer, ein erklärter Anhänger der Unterzeichnung, da sie trotz aller berechtigter Empörung aus kühler Über-

legung heraus unvermeidlich wäre, ein Kapitulationskabinett auf der Koalitionsgrundlage Sozialdemokratie und Zentrum. Angesichts der ultimativen Drohung mit neuem Krieg, mit dem Einmarsch in ein entwaffnetes Land, begründete Bauer die Annahme des Diktats. Eine Ablehnung würde nur eine kurze Hinausschiebung des Ja bedeuten, doch wolle die Reichsregierung an ihre Unterschrift zwei Vorbehalte knüpfen: den Artikel 231 über die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Kriegs und die Artikel 227—230 betr. die Sühnung der Kriegsverbrechen könne Deutschland nie anerkennen. Der Unabhängige Sozialdemokrat Haase hielt es jedoch inmitten der höchsten nationalen Spannung für notwendig, sich gegen diese Vorbehalte auszusprechen. Die Entente lasse, so erklärte er, eine geteilte Antwort mit Vorbehalt nicht zu. Mit 237 gegen 138 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde sodann die Unterzeichnung des Diktats von der Nationalversammlung gebilligt. Die oppositionelle Minderheit setzte sich zusammen aus den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Mehrheit der Demokraten.

Das Gesetz des Handelns lag indes bei der Entente, die sofort das deutsche Anerbieten einer Unterzeichnung unter Vorbehalten entschieden und brutal zurückwies. Was sollte Deutschland nun tun? — entwaffnet und machtlos einem unerbittlichen, rachsüchtigen Gegner ausgeliefert! Verzweiflung und Ratlosigkeit griffen um sich! Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärte die militärische Lage für aussichtslos, doch müsse er als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen. Die Nationalversammlung billigte sodann am 23. Juni in einfacher Abstimmung die be-

dingungsloſe Unterzeichnung. Die Deutſchnationalen, die Deutſche Volkspartei und Teile des Zentrums und der Demokraten verharrten in Oppoſition.

Nach der Abſtimmung hielt der Präſident der Verſammlung, Fehrenbach, eine Schlußanſprache, die er mit dem nüchternen Satz begann: „Damit iſt vorläufig dieſe ſchmerzliche Angelegenheit erledigt.“ Die Wahrheit lag in dem geſchäftsmäßig abgeſchliffenen Wort „vorläufig“. Denn Unmögliches mußten die deutſchen Bevollmächtigten Müller und Bell am 28. Juni in Verſailles unterſchreiben. Glaubte man zuvor aus kühler Überlegung dem Nein ein unvermeidliches, allenfalls nur hinausgeſchobenes Ja vorziehen zu müſſen, ſo hat nunmehr das Ja der Unterſchrift unter das Diktat der Feinde dem deutſchen Nein, das als nationaler Proteſt gegen die ſchlechthin untragbaren maßloſen Forderungen unſerer Feinde unausbleiblich war, auf Jahre hinaus den Weg verbaut.

Eine Zeit unſäglicher Leiden brach über das deutſche Volk herein und völkiſche Zwietracht dazu. Denn die naive Hoffnung, daß ſich Parteien und Volk nach dem Friedensſchluß geſchloſſen hinter die Regierung ſtellen würden, war eine ſchlimme Illuſion. Denn nie und nimmer konnte die Oppoſition der Mehrheit verzeihen, die ihrerſeits ſich noch rühmen zu müſſen glaubte, das Opfer der Unterſchrift auf ſich genommen zu haben. Dieſer Gegenſatz in der Auffaſſung ward fortan zum Grundton der Parteienagitation. Darüber hinaus ließ die Regierung unglaubliche würdeloſe Anbiederungen an das feindliche Ausland und Verächtlichmachung der deutſchen Kriegsleiſtungen ruhig hingehen. Unentwegte nationale Überzeugung ſcheute denn auch keineswegs vor

dem ſogenannten „Verbrechen“ zurück, fortan die Politik der Jaſager im Zeichen der Freiheitsidee mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dadurch allerdings, daß in dieſen Kampf um die nationale Exiſtenz und Ehre oft noch andere Intereſſen hineingeſpielt wurden, nahm der Kampf unter der Hand der Parteien den Charakter eines Intereſſen- und Klaſſengegenſatzes an, während doch der Freiheitskampf an ſich eine Angelegenheit des ganzen Volkes hätte ſein ſollen.

Die Weimarer Verfaſſung

Den Abſchluß und die Krönung des revolutionären Umſchwungs ſollte die neue Reichsverfaſſung bilden, die von der Nationalverſammlung in Weimar am 31. Juli 1919 angenommen wurde. Deutſchnationale, Deutſche Volksparteiler und Unabhängige Sozialdemokraten ſtimmten dagegen, Extreme haben ſich damit taktiſch gegen die Mehrheit verbunden, ein Hergang, der ſich fortan häufig wiederholte.

Die Verfaſſung ſollte Deutſchland bewahren vor einer Diktatur von rechts und von links, dieſer Leitgedanke des Geſetzgebers bedeutete von vornherein eine vornehmlich negativ abgeſtimmte Zielſetzung. Das Verfaſſungswerk ſelbſt war das Ergebnis eines langwierigen, heißen parlamentariſchen Kampfes und trug den Charakter eines gekünſtelten Kompromiſſes. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Als Repräſentant des Volks hat der Reichstag alle Macht. Die dadurch begründete ausſchließliche Parlamentsherrſchaft führt folgerichtig zur Parteienherrſchaft.

Der Reichsrat, die Fortſetzung des früheren Bundesrats, hat in der Wirkung nur noch beratenden Charak-

ter. Preußen verliert in dem neuen Reichsrat seine alte Vormachtstellung. Die Bismarcksche Reichsverfassung, die ihrerseits auch nur eine vorläufige Kompromißlösung darstellte, einen Durchgangszustand auf dem zielstrebigen Weg zu einem geschlossenen deutschen Nationalstaat, hatte Preußen als führende Macht zur starken Klammer des Reichs gemacht. In Weimar hat man nun zwar auf die ursprünglich beabsichtigte völlige Zertrümmerung Preußens zugunsten des Einheitsstaates verzichtet, jene Vormachtstellung aber hat man beseitigt. Jede preußische Provinz erhielt für sich Stimmrecht im Reichsrat, die parteipolitische Gruppierung in der Provinz ward damit politisch mitbestimmend, in der Auswirkung also ein vervielfachter und verschärfter Partikularismus von demokratischem Gepräge. Dazu wurden die neuen Regierungen in den übrigen Mittel- und Kleinstaaten, genannt „Länder", von der Revolution emporgehoben und von den Parteien getragen, zu Trägern eines Länderpartikularismus, der durch seine Beeinflussung des Volkes den viel gescholtenen dynastischen Partikularismus von ehedem an Gefährlichkeit weit übertraf. So war es vom richtunggebenden gesamtdeutschen Standpunkt aus — um dies hier vorauszunehmen — der folgerichtige entwicklungsgeschichtliche Entschluß der jetzigen Führerregierung, daß sie jüngst die Einrichtung des Reichsrats überhaupt beseitigt hat.

Zu einer besseren Gliederung des Reichs, die man damals wohl beabsichtigt hat, konnte es unter den geschilderten Verhältnissen nicht kommen. Abgesehen von den Kämpfen um ihre vermeintlich gebliebenen Rechte liefen die Länder Sturm vor allem gegen die finanzielle Aushöhlung ihrer Eigenstaatlichkeit.

Eine gefühlsmäßig nicht zu unterſchätzende Fehllöſung war ferner die Regelung der Flaggenfrage. Alles in allem: eine rechte Freude oder auch nur innere Anteilnahme an dem ganzen Verfaſſungswerk kam im Volk niemals auf. Das Volk urteilt gefühlsmäßig nach Erſcheinungsform und Erfolg. Man erfuhr aber in der ganzen langen Folgezeit nur immer von neuen Kompromiſſen in der geſetzgebenden Tätigkeit des Reichstags, von wechſelnden Zufallsmehrheiten, von geſcheiterten Geſetzentwürfen, von Kabinettskriſen, von zuſtande gekommenen und bald wieder zerbrochenen Koalitionen unter den Parteien uſw. Glaube und Vertrauen in eine ſolche Demokratie konnten denn auch im Volk mitnichten Wurzel faſſen und wachſen.

5. Die Parteien und die Aufgaben im Weimarer Staat

Der Parteienstaat

Mit der Errichtung der Weimarer Verfassung glaubte man ein wetterfestes Haus des neuen republikanischen Deutschlands gezimmert zu haben, dem Volk hat man eine Zukunft versprochen, die ausgezeichnet sein sollte durch Schönheit und Würde. Die Zeit des Wiederaufbaus aus den Trümmern einer überwundenen Vergangenheit schien bevorzustehen. Preuß, der Verfasser der Verfassungsurkunde, selbst jedoch hat schon damals in seine Reichstagsrede den beachtlichen Satz einfließen lassen: „Die Frage, wie die Verfassung wirken wird, hängt in der Tat lediglich von ihrer Ausführung ab, also von den leitenden Persönlichkeiten. Diese müssen hervorgehen aus dem politischen Kampf.“ Die weitere Entwicklung zeigte allerdings gar bald, daß gerade die demokratische Parlamentsherrschaft eine glückliche Führerauslese geradezu unmöglich machte.

Überhaupt hatte jede Staatsführung in diesem neuen Deutschland, das von obenher streng demokratisch durchorganisiert war — demokratischer als die meisten Länder Europas —, einen schweren Stand, in allem hatte sie immer mit vielen und großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ja doch die Parteien jeweils das erste und letzte Wort führten. Denn wie sollte sich eine Reichsregierung, die in allem Rücksicht nehmen mußte auf die hinter ihr stehende Regierungskoalition, die gebunden war an das jeweils festgelegte Programm des Koalitionskompromisses, die ständig bedroht war vom plötz-

lichen Sturz, zu Spitzenleiſtungen in der Staatsführung aufſchwingen können? Eine zielbewußte und energiſche Politik iſt unter unbeſtändigen parlamentariſchen Verhältniſſen nur ſehr ſchwer möglich. Und in kritiſchen Zeiten, die eine ſtarke Hand verlangen, wird eine parteimäßig gebundene Regierung ſelbſt bei beſtem Willen ſcheitern an ihrer Verflechtung mit den Intereſſen ihres Anhangs. Denn ohne Ausnahme hatten alle Parteien nie das Ganze, das deutſche Volk, den deutſchen Staat, den jede den ihren nannte, im Auge. Jede Partei wollte den Staat für ſich erobern, ſich und ihren Intereſſen dienſtbar machen. Und ging dies nicht, dann ſuchte man ſich mit einer anderen Partei in die Macht zu teilen — unter Abgrenzung und Wahrung der parteipolitiſchen Belange. Und ſelbſt innerhalb der Parteien bildeten ſich kleinere Gruppen und Cliquen, die rückſichtslos und eigennützig nach der Macht ſtrebten. Dieſer Zuſtand der fortſchreitenden Zerſetzung des Volkes in Parteien und Klaſſen hatte mit Demokratie im guten Sinn des Wortes, mit Volksherrſchaft zum Wohl des ganzen Volkes, nichts mehr gemein. Je länger deſto beſſer begriff denn auch der Mann aus dem Volk, daß er dauernd betrogen wurde von jenem Parteibonzentum.

Im Staat zeigte ſich ſtatt der von den Volksrednern vorgeſpiegelten nationalen Einheit eine abgrundtiefe Zerriſſenheit in völkiſcher Hinſicht, in den ſozialen, geſellſchaftlichen Intereſſen, auf konfeſſionellem Gebiet und vor allem auch landſchaftlich. Der neue ſogenannte Stammespartikularismus ſchreckte jeweils taktiſch ſelbſt vor einer Drohung mit der Loslöſung vom Reich nicht zurück.

Dieſer Zuſtand der völkiſchen Zerklüftung erklärt ſich von vornherein aus dem Charakter der Parteien, die ſeit Weimar die letzthin Verantwortlichen waren für die Form und den Gehalt des Staats. Die Sozialdemokraten, die ſich in erſter Linie berufen fühlten, das neue Staatsweſen einzurichten, brachten ein Parteiprogramm mit, das weltanſchaulich auf dem Materialismus beruhte. Selbſt unter normalen Verhältniſſen pflegt ein totaler Materialismus nur ſelten zu einem guten Ende zu führen, in Zeiten der Not wird er aber erſt recht verſagen und kann höchſtens zur Verzweiflung führen. Das ſozialiſtiſche Programm war zudem innenpolitiſch rein klaſſenkämpferiſch, mithin die Volkseinheit zerſtörend, außenpolitiſch klaſſenbewußt international und pazifiſtiſch, alſo das Gegenteil einer auf völkiſche Freiheit und nationale Ehre gerichteten Politik.

Das Zentrum, ſeit Weimar immer wieder der Bundesgenoſſe der Sozialdemokratie, war gezwungen, trotz ſeiner konſervativen, im Katholizismus verankerten Welt- und Staatsanſchauung, bedeutſame Zugeſtändniſſe zu machen an die neue Demokratie. Allein ſein Bündnis mit der Linken, die ſogenannte „ſchwarz-rote Koalition“, und ſeine offen und ſtark betonte Gegnerſchaft gegen alles „Nationaliſtiſche“ machten es den Rechtsparteien unmöglich, das „auch“ nationale Zentrum als ſolches vollzunehmen. Die Bayeriſche Volkspartei hingegen, das bayeriſche Gegenſtück zum Zentrum im Reich, zeigte aus Oppoſition gegen Berlin eine ſtark nationale Haltung, die freilich im Rahmen eines extremen Partikularismus auf die Dauer nicht immer überzeugend und ehrlich wirkte.

Die Deutſche Volkspartei, die Fortſetzung der früheren Nationalliberalen, ward zunehmend zur Partei beſtimmter induſtrieller Intereſſen und kam als Volkspartei ernſtlich nicht in Frage. In einer ähnlichen Lage befand ſich die konſervative „Deutſchnationale Volkspartei“. Dieſe litt vor allem an einem eigenen inneren Zwieſpalt, weltanſchaulich von Haus aus monarchiſtiſch, nahm ſie gleichwohl immer wieder einen Anlauf zur Mitarbeit im neuen Staat, um ſich als politiſche Kraft einzuſchalten. Letzthin aber ſchädigte ſie dadurch zuſehends ihr Anſehen, ohne eigentlich politiſche Erfolge davonzutragen. Die Demokraten, anknüpfend an die große ideelle Tradition von 1848, gerieten inmitten des politiſchen Getriebes mehr und mehr unter den Einfluß ausſchließlich materieller Gedankengänge und Belange. Neben dieſen größeren Parteien bildeten ſich mit der Zeit zahlreiche kleine Splitterparteien, denen es meiſt, vom Geſamtwohl der Nation aus geſehen, um recht unbedeutende Dinge ging. Dieſe Splitter waren ein vielſagendes Zeugnis für die fortſchreitende politiſche und ſoziale Zerſetzung des deutſchen Volkes.

Die Parteien und die Einheit

Es war daher keine Überraſchung, daß jener Parteienſtaat die harrenden Aufgaben der Zeit letzthin immer wieder ungelöſt ließ. Wie ſehr die durch die Weimarer Verfaſſung geſchaffene organiſatoriſche Einheit des Reichs immer wieder verteidigt werden mußte gegen den Partikularismus von Parteien, haben wir bereits angedeutet. Der ſogenannte Finanzausgleich zwiſchen Reich und Ländern wurde jeweils Gegenſtand hartnäckiger parteipolitiſcher Verhandlungen und noch dazu

oft gleichzeitig Tauſchobjekt bei der Feſtlegung der Außenpolitik.

Mit der nationalen Einheit war es ganz mangelhaft beſtellt, ſelbſt eine wenigſtens ehrhafte Einheitsfront nach außen ließ auf ſich warten. Die alte Flagge, das Wahrzeichen unſerer glorreichen Vergangenheit, war wie geſagt der neuen Demokratie geopfert worden. Auch ſonſt wurden alte gute Traditionen der Nation als Ausdruck einer überwundenen Epoche mit parteipolitiſchem Elan über Bord geworfen. Auf der linken Seite des Reichstags ſchreckte man ſelbſt nicht zurück, die unerhört großen Kriegsleiſtungen der alten Armee herabzuſetzen und verächtlich zu machen.

Daß von einer inneren ſozialen Einheit nicht geſprochen werden konnte, geht aus dem ganzen Parteitreiben an ſich ſchon hervor. Der ſozialiſtiſche Klaſſenkampf riß die Kluft zwiſchen Arbeiter und Arbeitgeber immer tiefer auf. Die Inflation und die ſpäter durchgeführte, aber unzulängliche Aufwertung hat den Mittelſtand großenteils proletariſiert und in gewiſſem Sinn auch radikaliſiert. Die Parteienagitation ſorgte dafür, daß keine innenpolitiſche Ruhe eintrat.

Ein beſonders ſchwieriges Problem für rot-ſchwarze Regierungen war der Kampf gegen den Kommunismus, der immer wieder ſein terroriſtiſches Haupt erhob. Man mußte froh ſein, daß ſich aus den ſonſt verfemten Rechtskreiſen Freikorps bildeten und ſich zur Verfügung ſtellten. Der Sozialiſt Noske ward denn auch von der linksradikalen Agitation zum „Arbeitermörder“ geſtempelt.

Andererſeits freilich ſuchten reaktionäre Gruppen aus ſolchem Sachverhalt für ihre Intereſſen etwas herauszuſchlagen. Dazu gehört z. B. der mit unzureichenden

Mitteln in Szene gesetzte und mißglückte Kapp-Putsch. Auch die politischen Morde an Erzberger und Rathenau, mit denen übrigens die offiziellen Rechtskreise nichts zu tun hatten, sind hier zu erwähnen; sie waren ein mahnendes Zeichen, wie weit der politische Haß an Ausdehnung und Gewalt zugenommen hatte. Reichskanzler Wirth prägte damals das verhängnisvolle Wort: „Der Feind steht rechts!“ Das Ergebnis im ganzen war eine Verschärfung aller und jeder Gegensätze, vor allem der Klassengegensätze.

Die Parteien und die Außenpolitik

Daß mit einem Volk, das parteipolitisch und klassenmäßig im Innern in so hohem Grade gespalten und zerrissen war, auch die beste Staatsführung keine aufbauende Außenpolitik hätte einleiten können, war von Anfang an unbestritten. Die deutsche Außenpolitik seit 1919 war nun aber in erster Linie unter einem ungeheuren Druck von außen die folgerichtige Fortsetzung jener unheilvollen Kapitulation von Versailles. Soweit sie dann in zweiter Linie bescheidene Ansätze zu einer wieder nationalen Zielrichtung zeigte, wurde sie durch parteipolitische Quertreibereien und Winkelzüge gehemmt und im entscheidenden Augenblick mattgesetzt.

Der Kampf um die Kriegsschuldlüge, eine selbstverständliche Aufgabe aller Parteien, die sich deutsch nannten, wurde unglaublicherweise zum Spielball parteilichen Gezänkes. Die Linke konnte es sich nicht versagen, die angebliche deutsche Kriegspolitik gegen die Rechte parteipolitisch auszuspielen — ohne im geringsten die bedenklichen Wirkungen solcher Auseinandersetzungen auf das uns feindlich gesinnte Ausland in

Rechnung zu ſetzen. Sie ſtellte aus frevelndem Haß wider beſſeres Wiſſen die „Nationaliſten“ hin als ſchuldig an der Fortſetzung des Krieges, als ſchuldig an der Niederlage. Sie verſchloß ſich ſelbſt der Erkenntnis, daß die Deutſchland zerſtörende Reparationspolitik der Entente doch auf der Kriegsſchuldlüge beruhte, lieber trug ſie gegenüber dem wahnwitzig maßloſen Feindbund eine ſchimpfliche Büßerhaltung zur Schau, als daß ſie mit der nationalen Rechten eine gemeinſame moraliſche Frontſtellung gegen Verſailles und ſeine Fortſetzung bezogen hätte.

Der unheilvolle Weg der ſogenannten Erfüllungspolitik wurde eingeleitet mit der Annahme des Londoner Reparationsultimatums im Mai 1921. Kampflos räumte das damalige bürgerliche Kabinett Fehrenbach das Feld dem Erfüllungskabinett Wirth, das getragen war von der Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten). In hochtrabenden Worten ſprach der ſozialiſtiſche Abgeordnete Wels im Reichstag namens der Regierung von der übernommenen Verantwortung und von der Pflicht am Volk, die von den eigentlich Verantwortlichen im Stiche gelaſſene Aufgabe zu übernehmen. Mit 220 gegen 172 Stimmen billigte der Reichstag die Annahme des unerfüllbaren Ultimatums. Wo blieben nun jene Parlamentarier, die bei anderen, ungefährlichen Gelegenheiten ſoundſo oft das „Unannehmbar“ verkündet hatten? Das Volk aber, müde des politiſchen Kampfes, nahm zunächſt die neue folgenſchwere Kapitulation in ſtumpfer Reſignation hin, jedoch ohne jedes tiefere Verſtändnis für die von der Volksvertretung gutgeheißene Methode der Erfüllungspolitik.

Eine geſchloſſene und entſchloſſene Front der Erfüllungsgegner hätte den Inſtinkt der Maſſe für ſich gewinnen können. Was ſoll aber die irre geleitete Maſſe tun, wenn im Reichstag ein ſo groteskes Spiel des Parlamentarismus abrollt wie anläßlich der Annahme des Dawesplans? Zunächſt ertönten Reden, die die Unerfüllbarkeit des neuen Diktats verkündeten und die zu erwartenden niederſchmetternden Wirkungen ſchilderten. Die Regierung aber, die bereits in London unterzeichnet hatte und die Ausführung des Planes verbürgte, zwang den Reichstag zur Annahme der Dawesgeſetze, wenn anders er nicht ſeine Ausſchaltung riskieren wollte. Da geſchah zum Staunen ihrer politiſchen Gegner der berüchtigte Umfall der Deutſchnationalen, die in ihren Worten bisher konſequent gegen jedes Zugeſtändnis an den Feindbund Front gemacht hatten. Ein „abkommandierter“ Teil ihrer Fraktion ſtimmte für das Reichseiſenbahngeſetz, einen weſentlichen Beſtandteil des geſamten Dawesgeſetzwerks, und ſicherte dieſem die verfaſſungsmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit. Spott von links und Verachtung ſeitens ihrer Rivalen im Kampf um die nationale Befreiung zogen ſich dadurch die Deutſchnationalen zu. In dem Teil des deutſchen Volkes aber, dem ſie bisher als die Hüter der nationalen Überlieferung und Ehre gegolten hatten, war das Vertrauen in dieſe Partei als eine „Partei der Halbheit“ erſchüttert.

Als dann ſpäter der Dawesplan durch den Youngplan, nach dem Urteil ehrlicher Sachverſtändiger ebenſo unerfüllbar, abgelöſt wurde, gelang es den Deutſchnationalen nicht, ihr Volksbegehren gegen den „Neuen Plan“, ihr Freiheitsgeſetz, ſiegreich durchzudrücken. Die größere Maſſe des Volkes war feſt in der Hand der

Erfüllungsagitation, hatte ſich daran gewöhnt, jeder Aufregung die behäbige Ruhe und der Sorge um die fernere Zukunft das augenblickliche Wohl vorzuziehen. Bis zur Neige ſollte das deutſche Volk, betört von gewiſſenloſer Parteipropaganda, die kommende Not der Erfüllungspolitik erleiden.

Wie in der Kardinalfrage der deutſchen Nachkriegspolitik, der Reparationsfrage, verſagten die Parteien und die Regierung auch in allen anderen lebenswichtigen Fragen, ſo angeſichts der oberſchleſiſchen Frage. Mit großer Mehrheit hatte ſich in Oberſchleſien das Volk in der Abſtimmung am 20. März 1921 für das deutſche Vaterland erklärt. Als dann — in der Zeit des Londoner Reparationsultimatums — der Pole Korfanty den großen blutigen Aufſtand entfachte, ſtand das oberſchleſiſche Volk verlaſſen von der Reichsregierung da. Der Selbſtſchutz, der nun heimlich hinter dem Rücken der Reichsregierung und der preußiſchen Regierung Verſtärkungen aus dem Reich erhielt, wurde gleichwohl Herr der Lage. Und ſchließlich gab das Reich die wirtſchaftliche Einheit des ſchleſiſchen Induſtriegebietes preis, indem es das Diktat über die Teilung Oberſchleſiens, im übrigen eine Verletzung des Verſailler Vertrags ſelbſt, annahm. Der Reichstag aber, die Vertretung des deutſchen Volkes, billigte die Kapitulation mit 230 gegen 132 Stimmen.

Eine noch größere Chance für eine nationale Wiedergeburt bot ſpäter der Ruhrkampf (1923). Frankreich ſtand mit ſeinem „Ruhrabenteuer", dem kriegeriſchen Einfall in das waffenloſe Ruhrgebiet, allein, England hatte eine Beteiligung abgelehnt. Die Reichsregierung organiſierte den ſogenannten paſſiven Widerſtand. Die Not

des Volks im beſetzten Gebiet hatte jenſeits aller Parteipolitik eine Schickſalsgemeinſchaft aller Klaſſen der Bevölkerung begründet. Einmütig leiſtete das Volk an der Ruhr den paſſiven Widerſtand, der nahe daran war, in das aktive Stadium umzuſchlagen. Es war die erſte deutſche Erhebung nach dem Krieg gegen franzöſiſche Willkür und zugleich ein flammender Proteſt gegen die gleichzeitigen hochverräteriſchen Umtriebe der Separatiſten im Rheinland und in der Pfalz! Die wachſende Wirtſchaftsnot aber, rapide Inflation und Teuerung, bedrohliche Unruhen im Reich veranlaßten die Regierung zum Abbruch des Widerſtandes.

Wiederum fragt man ſich: Haben die Parteien ihre nationale Pflicht erfüllt? Haben ſie nicht durch ihr Verſagen, durch Unterlaſſungen den Ruhrkampf um den Enderfolg gebracht? Während ein Schlageter ſein Leben für die deutſche Freiheit hingab, konnten Inflation und Teuerung die Widerſtandskraft des Volkes lahmlegen. In den nationalen Kreiſen zitterte dieſes Verſagen heftig nach. Aus der Stimmung des Zornes über die Berliner Regierung ſind die nationalen Aufſtandsverſuche im Herbſt zu verſtehen: Die Hitlererhebung der Nationalſozialiſten und ihrer Bundesgenoſſen in München und der Putſchverſuch des Majors Buchrucker in Küſtrin. Wie aber verhielten ſich damals die Parteien des Reichstags? Sie ſuchten jede für ſich politiſch etwas herauszuſchlagen. Die Sozialiſten fanden die Gelegenheit günſtig für übertriebene und unerfüllbare Forderungen und verſagten dann dem Kabinett die weitere Mitarbeit. Die Deutſchnationalen ſpielten mit dem Gedanken der Diktatur und legten dem Reichspräſidenten die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfaſſung nahe als Vorbedingung

für die Übernahme der Regierung. So konnte man kurz nach der ersten nationalen Erhebung von einer ersten Krise des Parlamentarismus sprechen.

Die Folge jedoch war nun keineswegs die sofortige Abkehr von dem demokratischen Parlamentarismus, sondern im Gegenteil, wie wir gesehen haben, stellten sich fast alle Parteien des Reichstags, teilweise auch einschließlich der Deutschnationalen, auf eine Zusammenarbeit im Parlament ein. Die Erfüllungspolitik (Dawesplan, Youngplan) wurde mit Volleifer fortgesetzt, ergänzt durch die Politik von Locarno und im Rahmen des Völkerbunds. Im Zeichen der kurzen Scheinblüte 1927/28 glaubten Optimisten an einen Enderfolg jener Parlamentspolitik.

Zusammenbruch der Parlamentsdemokratie

Als sich Ende 1929 die Weltwirtschaftskrise anmeldete, zeigte sich der Parteienstaat den wachsenden Schwierigkeiten in keiner Weise mehr gewachsen. Die meisten Parteien glaubten zunächst in ihrer bequemen Politik des laissez faire, des Gehenlassens, verharren zu können. Kaum einer der verantwortlichen parlamentarischen Politiker wagte dem Volk die Wahrheit über den drohenden Zusammenbruch zu sagen. So erhielt denn auch in erster Linie der Parlamentarismus der Parteien im Strudel der wachsenden Krise seinen Todesstoß. Die ungeheure Not ließ alsbald nur zwei Möglichkeiten offen: entweder stellte sich der Parlamentarismus völlig um auf positive und uneigennützige Arbeit für die Gesamtheit von Volk und Staat, oder der Reichstag wurde ausgeschaltet, um einer autoritären Staatsführung das Feld zu räumen. Nach den Erfahrungen mit dem Parteien-

ſtaat überraſchte es nicht, daß der zweite Weg beſchritten wurde. Die Parteien hätten zwar zunächſt noch die Möglichkeit gehabt, ſich ſozuſagen als Sekundanten in das Syſtem der Brüningſchen Notpolitik einzuſchalten — als Brücke zum Volk, von dem ſie gewählt waren. Doch auch ſolcher Aufgabe zeigten ſie ſich nicht gewachſen, zumal ſie zuſehends im Volk das Vertrauen verloren. Auch Brüning ſelbſt ſcheiterte — hundert Meter vor dem Ziel — an parteipolitiſchen Intereſſen. Die „Präſidialkabinette“ v. Papen und v. Schleicher waren ebenfalls nur Zwiſchenſtufen zum dritten Reich Adolf Hitlers.

6. Überwindung der Parteienherrschaft in außerdeutschen Staaten

Die Krise des Parlamentarismus, d. h. die Schwierigkeiten im Parteienstaat und das staatspolitische Versagen der Parteien, hat sich keineswegs nur auf Deutschland beschränkt. Erstens hat in allen am Weltkrieg beteiligten Staaten, der Besiegten sowohl wie der Sieger, der Krieg innenpolitische Spannungen hervorgerufen und mannigfache Veränderungen, besonders sozialer Natur, ausgelöst. Waren während des Kriegs fast überall tiefer einschneidende gesetzliche Maßnahmen notwendig, um eine ausgesprochen staatsfeindliche oder zumindest eine geschlossene Staatsführung gefährdende Haltung der sich gegenseitig bekämpfenden Parteien machtpolitisch unschädlich zu machen, so mußte gerade nach Kriegsschluß allenthalben das innenpolitische Gefüge der einzelnen Staaten einer allgemeinen Erneuerung unterzogen werden, um staatspolitisch der neuen Lage gewachsen zu sein und um die folgenschweren Auswirkungen des Krieges im Zeichen des Wiederaufbaus auszugleichen.

Zweitens hat — und das ist die entwicklungsgeschichtlich bedeutsamste Tatsache — die liberale Idee des demokratischen Parlamentarismus, also jene große leitende europäische Idee des 19. Jahrhunderts, deren geschichtliche Aufgabe in der Überwindung des unbeschränkten fürstlichen Absolutismus bestanden hatte, gerade im und durch den Krieg sozusagen ihren Todesstoß erhalten. Unmöglich konnte die Kriegsgeneration das verzerrte demokratische Mehrheitsprinzip noch als der politischen Weisheit letzten Schluß anerkennen. Der Gedanke der

Volksgemeinſchaft ſchlechthin jenſeits aller Klaſſen und Parteien ward zur leitenden ſittlichen Idee eines neuen politiſchen Wollens. Und folgerichtig erhielt dieſe revolutionäre Idee vom „totalen“ (allumfaſſenden) Volk und Staat ihre Ergänzung in dem nunmehr wieder als volks- und ſtaatsnotwendig anerkannten Begriff der Führung und des Führers.

Als einer der erſten europäiſchen Staatsmänner hat Muſſolini, der Schöpfer des neuen Italiens, das Neue erkannt und ausgewertet, die neuen politiſchen Ideen geformt und verwirklicht, mit der ganzen leidenſchaftlichen Kraft ſeines klaren Wiſſens um Volk und Staat und ſeines unbeirrbaren Willens für den völkiſch geſchloſſenen Staat. Ähnlich wie die deutſche Hitlerbewegung war der Faſchismus Muſſolinis die geiſtige, weltanſchauliche Gegenbewegung gegen den bankrott gewordenen flachen Materialismus, eine politiſche Bewegung des Willens zur Tat, abgeſtimmt auf die Erziehung des ganzen Volkes für den „totalen“, ausſchließlichen und volksumfaſſenden Staat, kämpferiſch eingeſtellt gegen den individualiſtiſchen Liberalismus, der die Einzelperſon über das Ganze geſtellt hatte, gegen den marxiſtiſchen Sozialismus, der das Volk in Klaſſen aufgeſpalten und in Klaſſenkämpfe verwickelt hatte, gegen die ſogenannte „Demokratie“ überhaupt, die die großen Belange des ganzen Volkes mit Hilfe des Mehrheitsprinzips verraten hat. Der Faſchismus war nicht gegründet auf einer „am grünen Tiſch ausgearbeiteten Lehre“, ſondern war „geboren aus der Notwendigkeit zu handeln, er war nicht Partei, ſondern parteifeindlich und beweglich eingeſtellt“. Und nicht mit Unrecht konnte

Mussolini ferner die Behauptung aussprechen: „Eine Partei, die ein Volk so vollständig beherrscht, ist eine neue Erscheinung in der Geschichte.“ Das Jahrhundert der Demokratie scheint abgelöst zu werden von einem Jahrhundert des Faschismus. Mit dem Fanatismus eines schöpferischen Glaubens hat Mussolini eine Umwertung der politischen Begriffe vollzogen und den Staat zum höchsten Inhalt des völkischen Bewußtseins gemacht. Der Staat als ausschließliche und autoritäre Macht verkörpert die Nation; der Staat ist nicht mehr nur der Gesetzgeber, sondern vor allem der Erzieher. Und zum Symbol dieses faschistischen Staates der nationalen Zucht und der autoritären Führung wurde das altrömische Rutenbündel: Einheit, Kraft und Gerechtigkeit! So ward in Italien die entartete Demokratie der Parteien, Klassen und Cliquen durch den neuen faschistischen Staat von Grund aus überwunden.

In anderen Ländern wiederum versuchte man mit wechselndem Erfolg von oben herab, „autoritär“ oder „präsidial“, die schädliche Parteiendemokratie auszuschalten. Vor allem natürlich auf dem Weg einer offenen oder verkappten Diktatur! So regierte z. B. der König von Südslawien, gestützt auf eine kleine Gruppe energischer Offiziere, eine Zeitlang diktatorisch unter völliger Ausschaltung des Parlaments. In Polen herrschte soviel wie unbeschränkt der brutal-tatkräftige Marschall Pilsudski, der das junge und unfähige Parlament nach den Methoden eines gestrengen Schulmeisters behandelte und es damit erst allmählich erzog zu staatspolitischer Arbeit.

Und ſelbſt in dem großen England, dem Staat des klaſſiſchen Parlamentarismus, kam es im Verlauf der Wirtſchaftskriſe, die die Grundfeſten des Staates zu erſchüttern drohte, zur Bildung einer überparteilichen nationalen „Notregierung“, der ſich Arbeiterparteiler von Ruf ebenſo wie Konſervative und Liberale zur Verfügung ſtellten. Dieſe Überwindung des reinen Parteienſtaates hat man im Gegenſatz zur demokratiſchen Idee als „neo-autoritative Idee“ bezeichnet.

So läßt ſich faſt überall eine politiſche Entwicklung zum Führerſtaat hin feſtſtellen, der gleichzeitig verankert ſein muß im Volk ſelbſt.

7. Die Volksbewegung Adolf Hitlers

Die geſchichtlichen Vorausſetzungen

Die in den vorausgegangenen Abſchnitten umriſſene und gedeutete Wirkſamkeit des parlamentariſchen Parteienſtaats (1918—1932) offenbarte als Endergebnis ein Verſagen auf der ganzen Linie und die Erſchütterung jener extremen liberaliſtiſchen Weltanſchauung, der Grundlage, auf der der Staat von Weimar aufgebaut war. Hatte die unheilvolle Revolution des Novembers 1918 unſere Niederlage vollendet und ihre Aus- und Rückwirkungen in jeder Hinſicht verſchärft, ſo ſuchte der Staat von Weimar die „Errungenſchaften“ dieſer Revolution zu ſichern. Die ſchlimmſte Folge der Revolution, die nationale und ſoziale Zerſplitterung des einen deutſchen Volkes ſollte ein Dauerzuſtand werden. Doch hat dieſer Parteienſtaat, der den gehaßten ſogenannten Obrigkeitsſtaat ablöſte, wie zu erwarten, Schiffbruch erlitten. Denn wie ſollte ein extrem liberales Syſtem ohne Zucht und Ordnung die vorhandenen Schäden der Zerſetzung heilen können?

Begreiflicherweiſe blieben auch jene ſchüchternen Reformverſuche an der Verfaſſung in den Anfängen ſtecken und mühten ſich ab mit Fragen zweiten und dritten Rangs, z. B. mit der Ausſchaltung der ſinnlos vielen und ſchwachen Splitterparteien. Auch das ſchließlich angewendete Autoritätsprinzip konſervativen Gepräges konnte letzthin nicht helfen, denn ohne tiefe und breite Wirkung auf die und in der Maſſe ging es nicht. Die Rückkehr zu einem reaktionären Syſtem aus der Rüſtungskammer der Vorkriegspolitik war ſchlechthin auf die Dauer unmöglich. Eine Diktatur hätte allenfalls erſt

recht nur einen kurzen Zwiſchenzuſtand bedeuten können. Entwicklungsgeſchichtlich möglich war in dem Deutſchland der Nachkriegszeit, das mit ſoviel Glauben und Eifer die beſten Volkskräfte angeſetzt hatte für den Aufbau des neuen, deutſcher Art fremden und daher zum Scheitern verurteilten, parlamentariſch-demokratiſchen Staatsweſens, nur eine Wiedergeburt, die getragen war vom Volk, — eine Volksbewegung.

Von Anfang an ſchwelten unter der Oberfläche des politiſchen Geſchehens ein verhaltener leidenſchaftlicher Widerſtand der Frontgeneration gegen die Novemberrevolution und den Weimarer Staat, Haß gegen den volksverderbenden Marxismus und ſeine Helfershelfer, innere Empörung gegen die pazifiſtiſche Erfüllungspolitik und bitterer Ingrimm gegen das ganze Parteigetriebe. Von den vereinzelten elementaren Ausbrüchen dieſes Gemütszuſtands haben wir bereits gehört, auch von dem erſten großen Anlauf zur nationalen Wiedergeburt während des Ruhrkampfes. Mit der ſtetig fortſchreitenden volkszerſtörenden politiſchen Entwicklung breiteten ſich auch im Volk die Unzufriedenheit und die leidenſchaftliche Gegnerſchaft zum neuen Staat mehr und mehr aus. Inmitten der zahlreichen Kriſen, der Wirtſchaftskriſe, der Juſtizkriſe, der Parlamentskriſe uſw., wuchs die formloſe Maſſe des Widerſtands mehr und mehr an. Gärung und Bewegung kamen ins Volk. Immer lauter ertönte der Ruf nach dem Führer, nach dem Diktator inmitten des zunehmenden Chaos in Wirtſchaft, Geſellſchaft und Staat.

Wer sollte der Retter des deutschen Volkes und Staates werden? Adolf Hitler, Frontsoldat, ein unbekannter Mann aus dem Volk, völkisch verwurzelt in dem südöstlichen Grenzlanddeutschtum. Dieser Mann, der sein vom Untergang bedrohtes deutsches Volk heiß liebte, aber auch grenzenloses Vertrauen in die Kraft dieses Volkes setzte, hat die Lage erkannt und es verstanden, die unter der Oberfläche vorhandenen Kräfte eines gesunden Widerstands zu sammeln, diese aus dem Bereich des Instinkts und des Gefühls in die Sphäre des hellen Bewußtseins zu heben, um schließlich die Massen zu bewegen und zu führen. Eine Volksbewegung des nationalen Aufbruchs ward damit Wirklichkeit. Hitler selbst wurde zum Führer dieser sieghaften Bewegung und zum Führer des kommenden neuen Deutschlands: am Anfang ein Sohn seiner Zeit und am Ende der Herr dieser Zeit.

Den Ausgangspunkt seiner politischen Konzeption bildete — Hitler schildert uns seine politische Entwicklung zur Reife und zum Führertum in seinem Bekenntnisbuch „Mein Kampf“ — eine tiefstgehende seelische Erschütterung angesichts des deutschen Zusammenbruchs im November 1918. Damals faßte er, der unbekannte schlichte Frontsoldat, den Entschluß, Politiker zu werden, um dereinst dieses Novemberverbrechen zu rächen und dessen Folgen wieder gutzumachen. Beseelt von einer grenzenlosen Sehnsucht nach einer neuen befreienden Welt- und Staatsanschauung für das am Boden liegende deutsche Volk, ward er, der Politiker aus Glauben, zum Begründer einer Bewegung, deren Sinn eben nur die völkische Überwindung der Niederlage und der Revolution

ſein konnte. Aber auch die Löſung jener anderen großen Frage, der ſozialen Frage, die Hitler in ſeinem Leben nie losgelaſſen hatte, ſuchte er mit der nationalen Zielſetzung organiſch zu verbinden. Aus der Anſchauung der Kameradſchaft an der Front gelangte er zu der ſchöpferiſchen Zuſammenfaſſung des Nationalen und Sozialen, der Syntheſe des deutſchen Nationalſozialismus, den freilich die überkommene politiſche Dogmatik nicht ohne weiteres begreifen konnte.

Seine Aufgabe, ſeine Sendung ſah Hitler in der Wiederherſtellung der deutſchen Volkseinheit, die durch den liberaliſtiſchen parteilichen Partikularismus klaſſenmäßig, landſchaftlich und konfeſſionell zerriſſen war, vor allem aber in der „Nationaliſierung der Maſſen", die der Marxismus in ſein gefährliches Schlepptau genommen hatte. Um den deutſchen Arbeiter in das deutſche Volk zurückzuführen und ihn für einen völkiſchen Staat zu gewinnen, legte ſich Hitler folgende politiſchen Forderungen zurecht:

Zur Wiederherſtellung der imeren völkiſchen Einheit des durch den Marxismus, einen undeutſchen Sozialismus, klaſſenmäßig zerriſſenen deutſchen Volkes ſind wirtſchaftliche Opfer notwendig. Nur über den Weg einer ſozialen, wirtſchaftlichen und geſellſchaftlichen Hebung der Zurückgeſetzten kann eine nationale Einigung der Maſſe erzwungen werden. Nur Wille und Kraft vermögen das Volk zu gewinnen, die Vernichtung des internationalen, marxiſtiſchen Gegners iſt hierfür unbedingt Vorausſetzung. Eine neue Grundlegung des Volkstums, die Eingliederung des bisher internationalen und klaſſenbewußten Arbeiters in eine nationale Volksgemeinſchaft, iſt nur auf völkiſcher, d. h. raſſiſcher Grundlage mög-

lich. Die Propaganda muß ganz und gar auf dieſes große Ziel abgeſtimmt ſein.

Da die Erringung der politiſchen Macht die Vorausſetzung für jede große politiſche Reform bildet, muß die nationalſozialiſtiſche Bewegung ſich als Volksbewegung fühlen. Folgerichtig iſt dieſe entſchieden antiparlamentariſch und autoritär geführt, eine etwaige Beteiligung am parlamentariſchen Leben kann nur den ſinnvollen Zweck haben, das parlamentariſche Syſtem zu beſeitigen. Im übrigen muß ſich die Bewegung auf die Reorganiſation des Volkes beſchränken unter Ablehnung eines Kampfes um die Staatsform an ſich oder um religiöſe Fragen.

Die innere Organiſation der Bewegung iſt ganz auf dieſe große Aufgabe der Volkserneuerung einzuſtellen. Notwendig ſind: innere Einheit, die Idee als Kraftmittelpunkt, eine Parteizentrale, Ortsgruppen, Gauverbände, Führerſchulung. Die Kraft jeder großen Bewegung liegt im Fanatismus und in der Unduldſamkeit. Eine Vereinigung mit irgendwelchen anderen Bewegungen bedeutet letzten Endes immer eine innere Schwächung. Lange Kampfdauer und langſames ſtetiges Wachstum bereiten den ſchließlichen totalen Sieg vor. Kampf erhält die Lebenskraft. Ausgangs- und Endpunkt der Erneuerung iſt die Perſönlichkeit. Unerbittlich treu gegen ſich ſelbſt, folgerichtig und leidenſchaftlich dem Endziel zugewandt, richtete Hitler ſeine Tätigkeit unbeirrbar nach dieſen ſeinen Maximen. Als er in den Jahren ſeit 1925 ſeine Partei, die nunmehr reſtlos „Hitlerbewegung“ ward, neu aufbaute, ging er jedweden Bindungen mit anderen Organiſationen folgerichtig aus dem Weg. Wer ſich ihm und ſeiner Be-

wegung nicht unterordnete, war ſchlechthin ſein Gegner.

Hitler brach mit allen Traditionen des bisherigen Parteienſtaats, insbeſondere mit dem Marxismus, aber auch mit dem Grundſatz des Liberalismus, der Vorausſetzung des Parlamentarismus; eine neue politiſche Welt von unerhörter Ausſchließlichkeit führte er damit herauf. Zum Erſtaunen ſeiner Gegner glückte ihm der Neubau ſeiner Partei, die zuerſt allerdings nur langſam an Boden gewann, dann aber lawinenartig anwuchs zur Volksbewegung, die die Maſſen in ihren Bann ſchlug. Vor allem leiſtete ihm die Jugend treue Gefolgſchaft, begeiſtert und opferbereit zugleich. Daß nun Hitler jede illegale Handlung verwarf und von allen Parteigenoſſen in allem Legalität forderte, ward ſtärkſter Ausdruck ſeines Glaubens an ſich, an ſeine Bewegung, an das deutſche Volk. Gleichzeitig aber wuchs dadurch ſein Anſehen und der Glaube des Volkes auch an ihn.

Die „Nationalſozialiſtiſche Deutſche Arbeiterpartei“, wenngleich urſprünglich auch nur politiſche Partei, war alſo von Anfang an etwas grundſätzlich Neues und Beſonderes im Gegenſatz zu den Parteien alten Gepräges, die die Einheit des Volkes zerſetzt hatten. Vor allem war der Nationalſozialismus bewußt Bewegung und Kampf, von Grund aus weltanſchaulich, und zwar idealiſtiſch, eingeſtellt auf Totalität, auf die Erfaſſung des ganzen Volkes, und dementſprechend zweckmäßig organiſiert und zielſtrebig bis ins Letzte und Kleinſte. Während in den Parteien der demokratiſche Grundſatz der Mehrheit gilt, ward ſie nun als Mittel zum Zweck, als machtpolitiſches Inſtrument unter unbedingte autoritäre Führung geſtellt. Der Führer der Bewegung, Adolf

Hitler, hat dieſes Führerprinzip folgerichtig und unbeirrt bis in die kleinſte Zelle ſeiner gewaltigen Parteiorganiſation durchgeſetzt und aufrechterhalten. Auftretende Widerſtände hat der Führer immer entſchloſſen rückſichtslos und reſtlos gebrochen.

Die Werbung und Aufmachung der neuen Partei, die ſich durch Kampf und Blutopfer durchſetzen mußte, waren wie ſie ſelbſt von einer neuen, beſonderen Art. In ungezählten Maſſenverſammlungen, die ihre ureigene Aufmachung ſchon im Äußeren zeigten, ſteigerte der Führer zuſehends ſeine Kunſt der Maſſenbeeinfluſſung. Neben den Symbolen der Bewegung, den Hakenkreuzfahnen und Standarten, trat als der eindrucksvollſte Repräſentant der jungen Bewegung der SA.-Mann im Braunhemd in Erſcheinung. Zum Schutz gegen die Verſuche der Gegner, die erfolgreichen nationalſozialiſtiſchen Volksverſammlungen durch Terror zu ſprengen, hatte ſich die Partei Sturmabteilungen („SA.“) für den Saalſchutz geſchaffen. Dieſer SA.-Mann ward aber bald über dieſen nächſten Zweck hinaus zum werbenden lebendigen Symbol der ſieghaften Bewegung.

Groß geworden in der Stadt, dem Brennpunkt des politiſchen Lebens, trug die Bewegung ihre Fahne dann auch hinaus aufs Land zu den Bauern. Und gerade hier verſtand ſie es, die ſchollengebundene Volkskraft, die unter dem alten Syſtem zu verkümmern drohte, aufzurufen zum Dienſt am ganzen Volk. Die Totalität, die bekanntlich den Parteien im Weimariſchen Staat ein unerreichbares Ziel geweſen wäre, ward in der Vereinigung von Stadt und Land, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von Süd und Nord zur Wirklichkeit.

In den Septemberwahlen 1930 offenbarte ſich der große Erfolg, den Hitler und ſeine NSDAP. in allen Teilen des Deutſchen Reiches und in allen Schichten des Volkes errungen hat. Eine Zeit harter Kämpfe der letzten Auseinanderſetzung mit dem Marxismus und dem Kommunismus einerſeits, mit dem Syſtem Brüning andererſeits folgte. Wie der Nationalſozialiſt im Parlament jede partei- und koalitionsmäßige Bindung vermied, ſo weigerte ſich der Führer hartnäckig, mit den Parteien oder den beſtehenden Regierungen ein Bündnis einzugehen. Alles oder nichts! Bedingungslos forderte er die ganze Macht für ſich und ſeine Bewegung, verantwortungsbewußt und zuverſichtlich.

Am 30. Januar 1933 kam Hitler an die Macht. An die Stelle des Parteienſtaats trat der Führerſtaat der nationalſozialiſtiſchen Volksbewegung. Hatte der demokratiſche Parlamentarismus das Volk zerklüftet und aufgeſpalten in Klaſſen und Parteien, Hitlers Ziel war von Anfang an die Überwindung jedes Partikularismus und die Wiederherſtellung der deutſchen Volkseinheit. Waren die Verſuche „präſidialer“ Regierungsmethoden geſcheitert an dem mangelnden Vertrauen des Volks, Hitlers Führertum, getragen von einer großen, kämpferiſchen Volksbewegung, war verankert in der wiedergewonnenen nationalen und ſozialen Volksgemeinſchaft. Unſere durch die nationalſozialiſtiſche Revolution geſchaffene ſtaatliche Verfaſſung hat Goebbels einmal treffend umſchrieben mit der Formulierung einer „germaniſchen Demokratie, einer Demokratie, in der das Volk in unmittelbare Beziehung zu ſeinem politiſchen Schickſal ge-

ſtellt wird, in der das Volk nicht ſelbſt Politik macht, ſondern Männer ſeines Vertrauens beauftragt". Alſo Führertum, das wirkt durch die „Autorität von oben" und das ruht auf der „Kraft von unten"!

Schrifttum

Adolf Hitler, Mein Kampf. München 1933.

Otto Koellreutter, Grundriß der Allgemeinen Staatslehre. Tübingen 1933.

Schultheß' Europäiſcher Geſchichtskalender, Jahrgänge 1914 bis 1932. Herausgegeben von Stahl, Koloff, Thürauf. München, C. H. Beck'ſche Verlagsbuchhandlung.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Partei und Volksbewegung: Begriff und Weſen 5
2. Parteien und Volksbewegung in der Geſchichte 9
3. Die Parteien im deutſchen Staat während des Krieges 19
4. Von der November-Revolution bis zur Weimarer Verfaſſung 26
5. Die Parteien und die Aufgaben im Weimarer Staat 37
6. Überwindung der Parteienherrſchaft in außerdeutſchen Staaten 49
7. Die Volksbewegung Adolf Hitlers 53

Druck von Emil Herrmann ſen. in Leipzig